

Politische Rundschau.

Der russisch-japanische Konflikt.

* Die Nachrichten aus Ostasien folgen sich schnell, aber sie gleichen sich nicht: sie wechseln stets zwischen Sturm und Sonnenchein. Der „ost schon begonnene Krieg“ weicht „neuen Unterhandlungen“, denen sich die „freundschaftliche Vermittlung Englands und Frankreichs“ beigegeben; dann aber erscheint die letzte Antwort Japans als schwerwiegend, wenn sie auch „ein Ultimatum“ enthalte. Als neuerliche Forderung Japans tritt die Aufrechterhaltung der chinesischen Souveränität in der Mandchurie auf und anhendem soll ein Drittel von Korea „als neutrale Zone zwischen Russland und Japan“ erklärt werden.

* Die russische Presse zeigt in den letzten Tagen eine veränderte, erregte Stimmung wegen des Verhältnisses zu Japan. Indessen entspricht diese Stimmung nicht der Aussicht, die immer noch von den amtlichen Stellen vertreten wird. Wahrgenommene Marinetreize geben der Überzeugung Ausdruck, daß die Gefahr eines Krieges für die nächste Zukunft bestigt sei; desgleichen hält das Auswärtige Amt an der Hoffnung fest, mit Japan zu einer friedlichen Verhandlung zu gelangen. Gutsprechend dem Willen des Monarchen, werde Russland in seiner friedlichen Politik fortfahren.

Deutschland.

* Der Kaiser hat am Freitag mit den anwesenden Kapitänlöschen des Schwarzen Adler-Ordens im Königlichen Schlosse zu Berlin die feierliche Investitur des Prinzen der Niederlande und des Erbprinzen von Hohenzollern, sowie des Wirk. Geh. Rath v. Küller vorgenommen und ein Kapitel abgehalten.

* Die Gründung des preußischen Landtages erfolgte am 16. d. durch den Kaiser in Person.

* Der Besuch des Großherzogs von Baden in Berlin zum Geburtstag des Kaisers erfolgt der Südd. Reichskanzler zufolge auf Grund einer „sehr herzlich gehaltenen“ telegraphischen Einladung des Kaisers.

* Allgemein wird angenommen, daß der Reichskanzler die Interpellation über die Arbeitskammern und die Reichsfähigkeit der Betriebsvereine nur aus dem Grunde auf einige Wochen verhindert hat, weil er erwartet, daß bis dahin über einige wichtige Fragen unserer Sozialpolitik ein Beschluss des Bundesrats erfolgen wird, und zwar nach Lage der Sache ein positiver Beschluß. Vielleicht wird Graf Bismarck in der Lage sein, einen Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Betriebsvereine anzukündigen.

* Handelsminister Möller wird zu Ostern eine einzige Konferenz der Knapsackabteilung wegen Bekämpfung der Wurmkrankheit einberufen.

* Der jüngste Reichsgerichtspräsident v. Oehlschläger ist am Donnerstag abend in Charlottenburg im Alter von 72 Jahren gestorben. Der Name Oehlschlägers ist mit der Geschichte der deutschen Reichsjustizgeschichte eng verflochten. Er wurde 1885 zum Präsidenten des Kammergerichts ernannt, übernahm 1889 als Staatssekretär das Reichsjustizamt und wurde 1891 als Nachfolger von Simson zum Präsidenten des Reichsgerichts berufen.

* Die Sachverständigen-Kommission zur Bearbeitung über die Reform der Strafvordnung wird zunächst am 19. d. wieder zusammentreten. Je weiter die Beratungen der Kommission fortsetzen, um so mehr erweist sich die Bezeichnung des Weges, der mit der Beratung von solchen Sachverständigen gewählt wurde, die namenlich über praktische Erfahrungen verfügen, als recht zweifälig. Über die Fragen der Einführung der Berufung und Beweisführung des Laienelements wird voranschließlich erst im April oder Mai von der Kommission diskutiert werden können.

* Am Reichsmünzen wurden ausgeprägt im Monat Dezember für 10 123 670

Karl Doppelkronen, 4 403 450 M. Zweipfennigstücke, 445 967 M. Einpfennigstücke, 12 615 85 M. Hälftpfennigstücke, 48 274,89 M. Einpfennigstücke.

* Der Bünderein für das Herzogtum Coburg hat sich, wie das Coburger Tageblatt meldet, für die Feuerbestattung ausgesprochen. Es wird in dem Beichtbuch erklärt, daß der Feuerbestattung Bedenken in seiner Weise entgegenstehen, und daß sie für die Zukunft unabwendbar sei. Nur halte man es zurzeit für unzweckmäßig, daß die Geistlichen agitatorisch sich für die Feuerbestattung beklagen.

* Über den Aufstand der Hereros in Deutsch-Südwestafrika wird der Adm. Ztg. in einem offiziellen Telegramm aus Berlin gemeldet: Es liegt auf der Hand, daß die ausgedienten Mannschaften jetzt nicht entlassen werden können und daß der neu hinzukommende Erfolg eine sehr erwünschte Erfüllung der Truppenmacht in unserem Gebiet bedeutet. Sollten mehr Verstärkungen von den dortigen Behörden verlangt werden, so wird man sich der Erfüllung dieser Forderung nicht entziehen können und die Verstärkung von vorbereitet so bemessen müssen, daß man mit ihnen den Aufstand rasch und aufs gründlichste niederofern kann. Was den Grund des Aufstandes anlangt, bleibe immer das wahrscheinlichste, daß der neue Aufstand mit den Bundezwarts zusammenhängt, worüber unter den Hereros falsche Nachrichten verbreitet sein dürften.

Frankreich.

* Ein katholisches Blatt veröffentlicht eine Note, wonin verheiht wird, General Andrade sei von der Unschuld Dreyfus' überzeugt durch neue Beweise. Es könne die Affäre nicht mehr zurückfallen, da dieselbe dem Rossationshofe bereits unterbreitet sei.

Rußland.

* Der Zar hat den Großfürsten Michael Nikolajewitsch als Präsidenten des Reichsrats für 1904 bestätigt. Dem Oberprokurator des heiligen Synods Pobedonoszew sind durch fächerliches Handschreiben die Brillantinsignien des Andreaskreuzes verliehen worden; dem Justizminister Murawiew wurde für seine Verdienste die außerordentliche Ehrenlichkeit des Kaisers ausgesprochen.

Ballstaaten.

* Mit Rücksicht auf Bulgariens Revolution legt die Türkei die übrigen eifrig fort. Im Vilajet Adrianopel sind zweitausend Männer auf dem Requisitionsweg angekauft worden.

Amerika.

* Wie aus Washington gemeldet wird, ist im Parlament ein Gesetzentwurf eingeführt worden, der besagt, den Anschließungsvertrag zwischen Amerika und England dahin zu ändern, daß künftig auch eine Auslieferung für politische Verstechungen erfolgen kann.

* Die revolutionäre Bewegung in Buenos Aires ist im Bachen begüten; die Regierungstruppen mußten den Rückzug antreten.

Afrika.

* Die „Times“ melden aus Peking: Seit dem Aufbruch der Überseeexpedition erhob China keinerlei Einspruch oder Beschwerde, gab im Gegenteil Beweise, daß es die englische Expedition billige, da sie möglicherweise der russischen Autarkei beim Dalai Lama entgegenwirke, welche China auch nichts Gutes bewirke.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag nahm am Donnerstag in dritter Sitzung das Gesetz betr. die Kontrolle des Staatshaushaltssatzes an. Daraus begründete Abg. Böcker (nat.-lib.) die Interpellation seiner Partei dar. Einführung der obligatorischen Alters- und Qualifikationsprüfung der Handwerker. Der Redner hoffte dies Forderung als für die Erhaltung des Mittelstandes notwendig nachzuweisen. Staatssekretär Graf Waldersee (hier jedoch Karl Böcker) gegen-

die Forderung, indem er ausführte, die Überreibung des Berichtsangebots müsse schließlich zum großen Schaden der Nation dahin führen, daß jeder Gläubiger, selbst für sich zu sorgen, schwende. Das Alters- und Qualifikationsprüfungsgesetz ebenso wie die anderen sozialpolitischen Sicherungsgezege seien nach dem Grundgedanken des Allerhöchsten Reichstags nur für unselbstständige Arbeiter berechnet. Die Durchführung der Forderung der Interpellanten würde zu ganz unabkömmlichen Kosten führen. Auf Antrag des Abg. Sattler war dann das Haus in eine Debatte einzuführen, die Zentrum verhielt sich gegen den Vorstoss der Nationalliberalen ablehnend, da die Handwerker selbst in der Angelegenheit nicht einzutreten und ihr Gewerbe einflussreichere Dinge wichtiger wären. Die Sozialdemokraten beschuldigten die Nationalliberalen des Diebstahls an ihrem, der Sozialdemokratie, geistigen Eigentum, und die ganze Debatte löste sich in eine parteipolitische Rodeo auf.

Am 15. d. steht auf der Tagesordnung die Interpellation Jancke. Böcker (nat.-lib.) und Genossen betr. Abschaffung des Zeugniszwanges gegen die bei Herstellung einer periodischen Druckschrift beteiligten Personen.

Staatssekretär Böcker ging erstmals sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Jancke (nat.-lib.) zur Begründung:

Manche Leute denken von der Presse wie von der Mutter im Heiligen Brie: „Plauder' mich nicht, mein schönes Kind, und geh' mich nicht unter den Linden!“ In Wirklichkeit wissen sie die Presse sehr gut zu finden und zu gebrauchen, wie zum Beispiel Bismarck, von dem das Wort stammt von Leuten, die ihren Beruf leicht haben.“ Es gäbe auch ein Wort von den kommandierenden Generälen, doch nur für Amerika! Solche Vorfälle wie in Deutschland seien anderenwohl unmöglich.

Die Presse sei unter ein Ausnahmegesetz gestellt. Der Reichstag habe seinerzeit den Redakteuren die Sicherung des Vertrags-Gehaltens verleihet, die Regierung habe es jedoch verdorben. Redner geht dann auf die einzelnen Fälle von Zeugniszwang ein und führt namentlich das Vorbringen gegen die Leipziger Volkszeitung an, wo Zeugniszwang die Befreiung vom Dienst bezeichnete, die Angabe des Belegschafters eines Artikels vor Gericht geladen habe. Kein Redakteur werde das Vergehen bestraft werden, er würde sonst von seinem Verleger bestraft werden. Die heutige Rechtsprechung gehe weiter als die zehn Gebote, denn sie drohten nur mit Strafe bis in das dritte und vierte Bild, die Gerichte gingen aber hinab bis zu den Zeitungsfrauen. Gerichte und Polizei sollten der Presse eigentlich dankbar sein für ihre Welle bei der Aufdeckung von Verbrechen. Man habe garnichts dagegen, wenn die Strafbestimmungen über Bekleidung und Verleumdung verschärft würden, denn die persönliche Ehre eines andern müsse heilig sein. Die Regierung sollte endlich klare Wege zeigen und den Spuren Friedens des Großen folgen, der gesagt habe: „Gesetze dürfen nicht geniert werden.“

Staatssekretär Böcker ging die Schwierigkeiten dar, die einer völligen Aufhebung des Zeugniszwanges entgegenstehen. Er könne zum Beispiel nicht für diejenigen Mitteilungen fortfallen, die einen kreativischen Inhalt hätten oder staatliche Geheimnisse verlegten. Beigleich der Aufhebung des sonstigen Zeugniszwanges müsse er auf die beabsichtigte Reform des Strafgerichts verweisen, mit der eine dekorative Kommission beschäftigt sei. Ganz aus dem Rahmen der Strafprozeßordnung könne man das Zeugniszwangsverfahren gegen die Presse nicht richten. Es müßten sowohl die Interessen der Presse wie des Staates gewahrt werden. Die Regierung werde ihr möglichst tun, um endlich diesen alten Streit mit dem Reichstag zu beenden, so wie sie vielleicht Grand hat, der deutschen Presse dankbar zu sein. Die Regierung werde diese Frage wohlwollend erörtern.

Auf Antrag des Abg. Sattler (nat.-lib.) beschließt das Haus die Besprechung der Interpellation. Sächsischer Bundesstaatsbevollmächtigter Dr. Börner geht auf den Fall der Leipzig Volkszeitung ein und weist unter dem Widerspruch der Sozialdemokraten nach, daß hier kein Zeugniszwang angewendet worden sei.

Abg. Röder (Btr.) betont, seine politischen Freunde seien ebenfalls für eine Einschränkung des Zeugniszwanges. Er freue sich, daß der Staatssekretär diese Frage so wohlwollend behandelt habe.

Abg. Heinze (Btr.) meint zwar, die Frage wäre nicht so wichtig, denn es lägen hier nur sehr wenig Fälle vor. Die Zahl der Zeugniszwangsverfahren würde viel größer sein, wenn nicht in vielen Fällen die unglücklichen Redakteure also, sich bedrängt hätten oder wenn in anderen Fällen das Verfahren nicht eingestellt worden wäre, weil die Beteiligten nichts wissen könnten. Am Platztischen ist der Fall gegen den Mitarbeiter des Vorwärts' Rehbein hinsichtlich der Nachbarschaft im Kreis Bautzen, mißgetan durch ein Schreiben.

Abg. v. Werden stand auf vom Stuhl und trat an die Glasscheibe der Baurat.

„Sie sprechen von meiner Mitwirkung, Herr Baurat, während es mir scheinen will, als wären meine Bemühungen in dieser Sache ganz überflüssig.“ „Wieviel, Herr v. Werden?“ „Hören Sie mich an, dann urteilen Sie unbefangen!“ Der Major kommt zu mir heraus, fordert mich auf, natürlich nur auf Anhören Ihres Freundes Rosen, daß ich meine alten Dienste streng beobachten, sie sozusagen ins Verhöhr nehmen soll, kurzum ein kleines gehöriges Gericht in Szene setzen möchte, dem sage ich bereitwillig zu, obgleich ich die beiden Alten jetzt, da ich sie bearzähnen muß, am liebsten auf Rosen sezen würde, damit sie mir nichts aus Posen sagen würden. Und was steht denn eigentlich so wichtig in demselben?“ fragte Herr v. Werden scheinbar gleichzeitig, indem er mit großer Aufmerksamkeit auf seine beringten weißen Hände blättert und langsam sich wieder auf seinen Stuhl niedersetzt.

„Nicht doch, nicht doch! Der Herr Major hängt mit großer Freundschaft an Ihnen und ist ordentlich ärgerlich darüber, daß er aus diesem und jenem Grunde noch nicht wieder zu Ihnen nach Posen hat kommen können; in den nächsten Tagen will er Sie bestimmt aufsuchen; schon wegen des Briefes, wissen Sie.“

„Des Briefes von dem Kutscher? Ja, was in aller Welt kann ich dazu tun! Und was steht denn eigentlich so wichtig in demselben?“ fragte Herr v. Werden scheinbar gleichzeitig, indem er mit großer Aufmerksamkeit auf seine beringten weißen Hände blättert und langsam sich wieder auf seinen Stuhl niedersetzt.

„Da erschallte von draußen her helles Lachen, Kinderstimmen mischten sich dazwischen, und wie der Sturmwind drangen atemlos und mit

Sonst hat man immer den Vorwurf gegen und erhebt, daß wir keine Beweise für unsere Beschwerden bringen. Hier haben wir Gelegenheit gegründet, das Gutachten angezeigt werden können. Und nun das Verfahren! Das ganze Vorgehen hatte nur den Zweck, dem Schreiber des Briefes an den Redakteur, der einen, der ihm eine Militärbeschwerde mitteilt, der Militärbehörde anzeigen würde, wäre ein elender Bube. Das wäre vom menschlichen Standpunkte daselbe, als wenn man jemanden den wilden Tieren vorwerfen würde. Meine Partei ist der Meinung, daß der Kampf gegen den Zeugniszwang ausgeschlosen ist, so lange nicht der Kampf siegreich geführt ist gegen seinen inneren Grund, die Befreiungsbefreiung der Bourgeoisie als Ganzes. Hier fällt der Mantel nur mit dem Herzog!“

Abg. Hirsch (fors.): Wir stellen nicht den Standpunkt der Interpellanten. Wir sind der Meinung, daß jedes brauchbare Vergehen auch seine Söhne finden muss. Wenn ein Redakteur ein Gedankens der drei freisten Öffentlichkeit predigt, so ist es nicht zulässig, daß er die Quelle gedeckt hätte.“

Abg. Kuler (S): Ich werde den Beweis dafür erbringen.

Abg. Präsidium: Bäische: Ich kann diese Vermeilung nicht dulden und rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Kuler (S): Ich werde den Beweis dafür erbringen.

Abg. Präsidium: Bäische: Wenn ich die Vermeilung für unzulässig erkläre habe, so haben Sie auch nicht das Recht, den Beweis vorzulegen. Ich will nicht zulassen, daß die Räder der Nationalliberalen die Angabe des Weges, wie hier Adhäsion zu machen sei. Dieser Bogen ist nicht schwer zu finden. Ich stelle mich auf den Standpunkt des Juristen, daß wenn in einer periodischen Druckschrift ein Delikt begangen ist, der verantwortliche Redakteur haftbar ist und jeder Zeugniszwang folgt. Der verantwortliche Redakteur hat ganz allein für den Inhalt seines Blattes. Die Presse hat daselbst Vertrauensverhältnis zum Publikum zu beanspruchen, wie es den Zeitungen ist, zugebilligt wird; das muss auch gelingen, um zum Ausdruck kommen. Übrigens ist der Zeugniszwang in den meisten Fällen ein Schlag ins Wasser. Der Zweck wird nicht erreicht. Gegen eine Verkürzung der Bestrafung wegen Bekleidung durch die Presse protestieren wir gleichfalls. Hoffen wir, daß im Jahre 1906 bei der 100jährigen Jubiläum des Todesstages des Bischöfchens Balin, eines Mannes, der aus gleichem Anlaß für seine Ehre gestorben ist, der Zeugniszwang bestätigt ist.“

Abg. Abtsch (fors.): Wer will man es rechtfertigen, daß nicht nur der verantwortliche Redakteur, sondern auch das übrige Personal verantwortlich gemacht wird? Der Staatssekretär verlangte von den Nationalliberalen die Angabe des Weges, wie hier Adhäsion zu machen sei. Dieser Bogen ist nicht schwer zu finden. Ich stelle mich auf den Standpunkt des Juristen, daß wenn in einer periodischen Druckschrift ein Delikt begangen ist, der verantwortliche Redakteur haftbar ist und jeder Zeugniszwang folgt. Der verantwortliche Redakteur hat ganz allein für den Inhalt seines Blattes. Die Presse hat daselbst Vertrauensverhältnis zum Publikum zu beanspruchen, wie es den Zeitungen ist, zugebilligt wird; das muss auch gelingen, um zum Ausdruck kommen. Übrigens ist der Zeugniszwang in den meisten Fällen ein Schlag ins Wasser. Der Zweck wird nicht erreicht. Gegen eine Verkürzung der Bestrafung wegen Bekleidung durch die Presse protestieren wir gleichfalls. Hoffen wir, daß im Jahre 1906 bei der 100jährigen Jubiläum des Todesstages des Bischöfchens Balin, eines Mannes, der aus gleichem Anlaß für seine Ehre gestorben ist, der Zeugniszwang bestätigt ist.“

Abg. v. Gerlach (Hof. der fr. Bdg.): Der Grundstein von Treu und Glauben mag auch für die Presse als Kleiderkunst anerkannt werden, anstatt zu verbieten, ihn durch den Zeugniszwang auszuräumen. Würde ein Minister nicht ebenso handeln, wenn er Redakteur wäre? Ich halte es für unverständlich, daß die Regierung ernsthaft glaubt, daß Redakteure das Vergehen bestraft werden könnten. Wer dafür eintritt, den bestehenden Zustand absolut unverändert zu erhalten, dem würde ich der Absicht zustimmen, eine unmoralische Staatsbehaltung anstreben.“

Abg. v. Arentz (freik.): Die Aufhebung des Zeugniszwanges nach verbunden sein mit einer verschärften Achtung des Redakteurs und Verlegers auf den Inhalt des Zeitung.

Auf Antrag des Abg. Sattler und Freiheit wird hierauf die Debatte vertagt.

Am 16. d. fand keine Sitzung statt.

Von Nah und fern.

Prinzessin Marie von Neuz-Greiz, die mit dem österreichischen Leutnant Baron Guagnoni verlobt ist, verzichete nach dem W. R. Tagbl. gegen den Willen der fürstlichen Verwandten auf die evangelische Trauung. Prinzessin Hermine und Ida sind darauf auf Befehl des Bormundes, des Fürsten von Schaumburg, nach Biedenburg abgereist. Die baptistische Trauung wird in Greiz, die lutherische in Österreich stattfinden.

Große Stiftung. Der vierzigste Tag verhinderte Jch. v. Plessen, hat testamentarisch zwei Stiftungen von je 100 000 M. erzielt, deren Zinsen für wohltätige und hilfsbedürftige Personen aus Stadt und Land des Kreises Schleswig bestimmt sind.

die Sache, und gleich, als der Major wieder fortgegangen, ließ ich mir die Ulrike kommen, um ihr anzuhören, daß sie nun wohl öfter nach der Stadt fahren und auch Aufträge von mir nach der Holländischen Villa würde bringen müssen. Ich hatte bestimmt erwartet, sie damit in Verlegenheit zu setzen, aber sei es, daß die Alte auf derartiges schon vorbereitet war oder sehr auf ihren Hut ist, sie antwortete mit ganz unbefangen: Wie der gnädige Herr befiehlt. Ebenso behauptete sie gestern noch in aller Seelenruhe, sie wisse nichts von dem jüngsten Aufenthalte des Andreas Wenzler. Wenn ich Ihnen dies erzähle, bester Herr Rat, werden Sie mir wohl glauben, daß ich meinem gegebenen Worte treu sein will, obgleich es scheint, als wäre ich höchst überflüssig.“

Nicht doch, nicht doch! Der Herr Major hängt mit großer Freundschaft an Ihnen und ist ordentlich ärgerlich darüber, daß er aus diesem und jenem Grunde noch nicht wieder zu Ihnen nach Posen hat kommen können; in den nächsten Tagen will er Sie bestimmt aufsuchen; schon wegen des Briefes, wissen Sie.“

Des Briefes von dem Kutscher? Ja, was in aller Welt kann ich dazu tun! Und was steht denn eigentlich so wichtig in demselben?“ fragte Herr v. Werden scheinbar gleichzeitig, indem er mit großer Aufmerksamkeit auf seine beringten weißen Hände blättert und langsam sich wieder auf seinen Stuhl niedersetzt.

Da erschallte von draußen her helles Lachen, Kinderstimmen mischten sich dazwischen, und wie der Sturmwind drangen atemlos und mit

Herta Falk.

</